

»Wir verlieren den Boden«

Nicht nur Tiere und Klima brauchen Schutz, sondern auch unser Ackerland. Ein Gespräch mit Jochen Flasbarth

DIE ZEIT: Herr Flasbarth, derzeit dümpeln die UN-Klimaverhandlungen vor sich hin, die Skepsis gegenüber solchen Weltabkommen wächst eher. Ausgerechnet da schlagen Sie ein internationales Boden-Übereinkommen vor. Was treibt Sie zu dieser Forderung?

Jochen Flasbarth: Die alarmierende Entwicklung. 79 000 Quadratkilometer Agrarland sind in den vergangenen dreißig Jahren weltweit unbrauchbar geworden. Das ist eine Fläche, so groß wie Österreich. Und wir verlieren den Boden immer schneller. Wie beim *Peak Oil*, der die maximal nutzbare Menge bezeichnet, liegt auch der *Peak Soil* bereits hinter uns. Die Ampel steht auf Rot, wir sind dabei, sie zu überfahren. Deshalb brauchen wir globale Regeln, wie wir verantwortungsvoller mit diesem Gemeingut umgehen.

ZEIT: Aber es wird doch auch neues Ackerland erschlossen.

Flasbarth: Stimmt. Wir hatten im selben Zeitraum Zugewinne von 25 000 Quadratkilometern. Doch für dieses Neuland wurden oft wertvolle Ökosysteme wie der Regenwald unter den Pflug genommen.

ZEIT: Weshalb schwindet der Ackerboden?

Flasbarth: Es gibt einen immer höheren Nutzungsdruck, ausgelöst durch das Bevölkerungswachstum; überdies wollen die Konsumenten in den Industrieländern und wachsende Mittelschichten weltweit mehr Fleisch konsumieren, deshalb werden mehr Flächen für den Anbau von Futtermitteln gebraucht. Außerdem steigt die Nachfrage nach Energiepflanzen. Auch durch Wetterextreme als Folge des Klimawandels werden Böden verweht, verwüstet oder einfach weggespült.

ZEIT: Ein komplexes Ursachenbündel ...

Flasbarth: Die Entwicklung ist umso dramatischer, wenn man bedenkt, dass wir im Jahr 2050 rund neun Milliarden Menschen ernähren müssen. Schon jetzt führt die drohende Knappheit zu exterritorialen Landnahmen. Private oder staatliche Anleger suchen anderswo nach Ackerflächen. Besonders oft kommen sie aus bevölkerungsreichen Ländern wie China, Südkorea oder Saudi-Arabien, die selbst über wenig fruchtbaren Boden verfügen. Dieses *land grabbing* bedroht den sozialen Frieden, weil das Land dann für die Versorgung der lokalen Bevölkerung fehlt. Es ist kaum vorstellbar, dass afrikanische oder südamerikanische Bauern ruhig bleiben, wenn ihre Familien Hunger leiden, während neben ihrem Dorf auf den Feldern ausländischer Investoren die Nahrungspflanzen üppig gedeihen.

ZEIT: Ist der Verlust der Böden nur in Afrika oder Asien ein Problem? Jüngst kam es in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Massenkarambolage, weil Staubverwehungen von offenen Äckern den Autofahrern die Sicht versperrten.



Fotos: www.zoomar.de; Heiko Meyer/läuf (u.)

Flasbarth: Auch in Mitteleuropa gibt es Erosion, auch bei uns ist der Humusgehalt der Böden oft gering, und sie sind mit Schadstoffen belastet. Täglich werden in Deutschland rund 100 Hektar Land durch Neubauten und Straßen neu versiegelt, und von dem erklärten Ziel, wenigstens auf 30 Hektar herunterzukommen, sind wir noch immer weit entfernt. Aber in Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Lage ungleich ernster.

ZEIT: Warum ist die bodenlose Lage bisher fast nur unter Fachleuten ein Thema?

Flasbarth: Das liegt wohl daran, dass man ein Problem wie den Artenschwund leichter vermitteln kann. Bilder von wunderschönen, bedrohten Tieren und Pflanzen berühren uns. Aber Boden? Der sieht für viele Menschen nur aus wie Dreck.

ZEIT: Außerdem scheint er erneuerbar zu sein. Man muss ja nur düngen ...

Flasbarth: Die Nachkriegsgenerationen hierzulande sind in einer Zeit groß geworden, in der nicht mehr Mangel an Lebensmitteln herrschte, sondern Überproduktion zum Problem wurde. Aber diese Erfahrung verdeckt, dass ausgelaugte Böden längst einen immer höheren Einsatz an Dünger und Agrarchemikalien erfordern, um die Erträge zu erhalten. Rechtliche Maßnahmen wie die europäische Bodenschutz-Richtlinie scheiterten außerdem an einer Argumentation, die leider auch in Deutschland vertreten wird: Der Boden sei eine lokale Ressource, also könne man seine Probleme auch am besten vor Ort lösen. So wird der Blick auf die globalen Dimensionen verstellt.

ZEIT: Werden Ressourcen nicht am besten den lokalen Bedingungen entsprechend gepflegt?

Flasbarth: Schon – aber die Nutzungsrechte sind doch häufig längst transferiert. In Afrika etwa sind die Nutzer des Landes oft nicht die Besitzer. Auch Kambodscha ist ein Beispiel dafür, dass Eliten ihre Macht nutzen, um sich große Landflächen anzueignen. Die Verlierer sind immer die Gleichen: Kleinbauern. Auch deshalb gehört das Thema auf die Agenda der Vereinten Nationen. Wir brauchen verbindliche Grundregeln dafür, wie wir den Boden bearbeiten, welchen Beitrag er zur Anpassung an den Klimawandel leisten kann, worauf sich Investoren in anderen Ländern verpflichten müssen.

ZEIT: Auf UN-Ebene bewegt sich doch schon etwas. Vor wenigen Tagen hat die Welternährungsorganisation FAO einen Bericht über nachhaltige Landwirtschaft veröffentlicht, darin steht der Boden im Fokus. Auch im Rahmen des Klimaschutzabkommens UNFCCC wird über Böden verhandelt.

Flasbarth: Aber da geht es nur um die Rolle der Böden als Kohlenstoffspeicher, nicht um Regeln für die Bewirtschaftung. Auch die Initiativen der FAO sind zu begrüßen, doch es sind meist nur

Empfehlungen. Das Problem muss rechtlich verbindlich gelöst und an einer Stelle gebündelt werden. Ein Beispiel: Seit einiger Zeit diskutieren wir über Nachhaltigkeitsstandards bei Energiepflanzen. Im Kern geht es dabei um Bodenfragen: Welche Flächen sind geeignet, was ist ein guter, nachhaltiger Anbau? Global haben wir keine Institution, bei der solche Regeln verankert werden könnten.

ZEIT: Um die Degradierung der Böden kümmert sich auch das UN-Wüstensekretariat in Bonn.

Flasbarth: Diese Konvention betrifft nur aride Gebiete und damit hauptsächlich den afrikanischen Kontinent. Man könnte das UNCCD-Mandat ausweiten. Auch Unep könnte sich des Themas annehmen. Über eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms wird ohnehin gerade diskutiert.

ZEIT: Es dauert oft Jahrzehnte, bis globale Vereinbarungen zustande kommen. Sie selbst haben das beim globalen Biodiversitätsabkommen erlebt, dessen Präsident Sie bis vor Kurzem waren. Dabei sagen Sie selbst, dass beim Boden die Zeit drängt.

Flasbarth: Ich sehe da keine Alternative. Einiges können wir sofort angehen, und parallel dazu sollten wir an verbindlichen Regeln arbeiten – auch wenn das lange dauert.

ZEIT: Beim Thema Boden geht es auch um eine der brisantesten Fragen: das Eigentumsrecht. Wie realistisch ist eine internationale Vereinbarung, wenn Großgrundbesitzer schon auf nationaler Ebene heftigen Widerstand gegen eine Beschneidung ihrer Eigentumsrechte leisten?

Flasbarth: Umso wichtiger, dass man Kleinbauern – den Schwächsten – eine Stimme gibt. Wollen wir ausgerechnet bei diesem existenziellen Thema die Türen für den Turbokapitalismus geöffnet lassen? Die Biodiversitätskonvention ist ein Beispiel dafür, wie viel auf globaler Ebene möglich ist. Da hatten die Entwicklungsländer gleich zu Beginn der Verhandlungen in den neunziger Jahren gefordert: Die größte Ressourcenvielfalt gibt es bei uns, also wollen wir auch an den Profiten teilhaben, die daraus erwachsen. Auch damals hieß es immer: Gegen diese Forderung wird es so viel Widerstand geben – das kommt nie zustande. Letzten Oktober haben wir in Nagoya ein völkerrechtliches Protokoll unterzeichnet, das den Entwicklungsländern diese Möglichkeiten einräumt. Das muss nicht heißen, dass es wieder gelingt. Aber man muss es versuchen.

Das Gespräch führte CHRISTIANE GREFE



Jochen Flasbarth ist Präsident des Umweltbundesamtes. Der studierte Volkswirt leitete zuvor lange den Naturschutzbund Deutschland